

LEITARTIKEL

Sieg der Vernunft

Die große Koalition ist handlungsfähig – zumindest dann, wenn die Probleme groß sind

Die Summe ist gigantisch: 130.000.000.000 Euro. Nach einem Verhandlungsmarathon von mehr als 20 Stunden haben sich Union und SPD auf das größte Konjunkturpaket in der bundesdeutschen Geschichte geeinigt. Fast 1600 Euro pro Einwohner will die Regierung in den Wirtschaftskreislauf pumpen, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen.

Die Einigung zeigt: Deutschland wird von einer großen Koalition regiert, die handlungsfähig ist – zumindest dann, wenn die Probleme besonders groß sind. Die Vernunft siegt über ideologische Grabenkämpfe. Das war in der Finanzkrise 2008/2009 so, das ist auch jetzt wieder gelungen. So richtig es war, die Pandemie durch einen Shutdown kontrollierbar zu machen, so unabdingbar ist es jetzt, die wirtschaftlichen Folgen der Vollbremsung durch Milliarden-

Beispiel: Statt Boni für den Kauf von klimaschädlichen Verbrennern gibt es nun eine befristete Mehrwertsteuersenkung für alle Produkte. Ob die Verbraucher Letzteres tatsächlich im Portemonnaie spüren werden, bleibt abzuwarten. Schließlich ist kein Unternehmen gezwungen, die Senkung auch wirklich über niedrigere Preise an die Kunden weiterzugeben. Wichtig jedoch ist das Signal, dass der Staat sein Möglichstes tut, um die Krise zu überwinden.

Dass er das Milliarden-Paket durch neue Schulden finanzieren muss, ist zwar nach der reinen Lehre problematisch. Nicht aber in der Realität. Denn der Bund kann sich derzeit für Jahrzehnte Geld zum Nulltarif borgen. Die Schuldenbremse im Grundgesetz zwingt ihn zwar, die Kredite in den kommenden Jahren wieder zurückzahlen, was die Spielräume in künftigen Haushalten einengt. Aber: Große Teile der jetzt eingeplanten Mittel wären sowieso nötig geworden, etwa Investitionen in den Klimaschutz und die Digitalisierung sowie eine Entlastung der Kommunen.

In dieser Hinsicht wirkt die Pandemie wie ein Reaktionsbeschleuniger. Denn je schneller jetzt längst überfällige Investitionen getätigt werden, desto früher und stärker werden die konjunkturellen Effekte eintreten. Die Schulden kann der Staat dann bei halbwegs disziplinierter Haushaltsplanung abtragen. Das entbindet künftige Regierungen allerdings nicht von der Verpflichtung, für eine gerechte Finanzierung des Staatswesens zu sorgen, etwa durch eine höhere Steuerbelastung von Spitzenverdienern. Aber das hat Zeit, bis die Pandemie Geschichte ist.

Alte Ideen begraben, neue Lösungen gefunden

summen zumindest abzumildern. Eine große Koalition für große Aufgaben, hatte Merkel vor einigen Jahren gesagt. Jetzt stimmt der Satz endlich einmal.

Wie stark sich Union und SPD zusammengerissen haben, kann man am Ergebnis ablesen. Normalerweise sind derartige Verhandlungen geprägt von einem Tauschhandel, bei dem es mehr um die Bedienung der jeweiligen Wählerklientel als um die Sache geht. Doch diesmal wurden alte Ideen begraben und neue Lösungen gefunden.

KOMMENTAR

Für die Menschenwürde

Isolation alter Menschen in Heimen beenden

Während Deutschland grübelt, wo man trotz Corona den Sommerurlaub verbringen kann, sitzen alte Menschen in den Pflegeheimen nach zwei Monaten Isolati-on in Besucherzimmern hinter Plexiglas. Dahinter sehen sie vielerorts nur einmal pro Woche ihre Lieben. Das, was in vielen Heimen passiert, ist Freiheitsberaubung. So richtig es war, während des Lockdowns Senioren abzuschotten, so notwendig ist es nun, einen ethischen Umgang mit dem Corona-Normalmodus zu finden und Gesundheitsschutz gegen Menschenwürde abzuwägen. Eine NRW-Schutzverordnung, die maximale Besuchsrechte definiert, den Heimleitungen aber freistellt, wie viel sie davon umsetzen, ist ihr Papier nicht wert. Es braucht

klare Ansagen des Landes. Genauso wie regelmäßige präventive Tests von Personal und Bewohnern, die es den Heimleitungen ermöglichen, die Öffnungen mit vertretbaren Risiken durchzuführen. Die Politik zeigt ja in den Krankenhäusern, dass es geht: Dort gibt es Tests und tägliche Besuche am Krankenbett.

Die Schwächsten haben keine Lobby. Fürsprecher sollten gerade bei diesem Thema die Kirchen sein, die als Träger vieler Heime Einfluss haben. Während der Krise blieben sie still, als es etwa um die Abschottung Sterbenskranker ging. So, wie sich die Kirchen für die Wiederaufnahme von Gottesdiensten engagiert haben, sollten sie sich jetzt auch für das Selbstbestimmungsrecht von Menschen einsetzen, die am Ende ihres Lebens stehen.

ALEXANDRA RINGENDAHL alexandra.ringendahl@duMont.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Trotz und Trauer

Die Corona-Krise hat zu Enttäuschungen und Entmündigungen geführt – Viele verwandeln diese Erfahrung in Wut

Trotz der schrittweisen Lockerung der Corona-Beschränkungen und der Normalisierung des öffentlichen Lebens nehmen das Unbehagen und die Wut seit Wochen zu. Wir befinden uns gerade in einem eigentümlichen Übergangs- oder Zwischenzustand, der die dritte Phase der Corona-Krise charakterisiert.

Im Tiefeninterview beschrieb eine Frau ihren derzeitigen Gemütszustand mit den Worten: „Es kann so nicht bleiben, und es wird nicht so, wie es mal war.“ Vieles ist zwar jetzt wieder möglich, etwa der Restaurant-Besuch, die Shoppingtour im Viertel oder das Mitfeiern im Meisterschaftskampf der Bundesliga. Aber wie deren Geisterspiele bleiben all diese Erlebnisse eben auch geisterhaft. Sie haben nicht die Sinnlichkeit und Intensität wie vor der Corona-Zeit. Der Alltag läuft, aber gedämpfter und ohne die großen

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Derzeit jedoch verwandeln viele Menschen ihre Trauer in Trotz und Wut. Ihre Wut wird gespeist und gesteigert durch eine dreifache Entmündigung, die sie erlebt haben. Die erste Entmündigung ging von dem unfassbaren und unsichtbaren Virus selbst aus, gegen das sie sich nicht wehren konnten. Die zweite Entmündigung erfolgte durch den Lockdown: Sinnbildlich verordneten Vater Staat beziehungsweise Mutter Merkel ihren Kindern, den Bürgern, Hausarrest und schränkten weitere Freiheitsrechte ein.

Die dritte Entmündigung stellte die Maskenpflicht dar, die buchstäblich als „Bevormundung“ erlebt wird. Der Mund-Nase-Schutz wird zwar von den meisten diszipliniert getragen, löst aber dennoch großes Befremden aus. Denn er signalisiert weniger den Schutz der Mitmenschen als potenzielle Aggressivität und Feindseligkeit gegenüber anderen. Masken und Maulkörbe tragen Bankräuber und bissige Hunde. Der Mund-Nase-Schutz ist daher zu einem unhöflichen Höflichkeitsstandard geworden, der mehr ertragen als getragen wird. Die Maske fungiert als Corona-Mahnmal, das uns stets daran erinnert, dass wir in einem permanenten Ausnahmezustand leben.

Viele, die jetzt gegen die Anti-Corona-Maßnahmen aufbegehren, wollen sich mit diesem Übergangs- oder Ausnahmezustand nicht abfinden, sondern unvermittelt in die alten Zustände zurückkehren. Sie richten ihre Wut gegen den Staat und suchen zu beweisen, dass seine Maßnahmen vollkommen falsch oder grob überzogen sind und daher umgehend rückgängig gemacht werden müssten oder ganz einfach ignoriert gehörten. Die schnelle Rückkehr zu den alten Verhältnissen versprechen auch die Verschwörungstheorien. Ihre Vertreter ma-

Die Mehrheit sollte sich hüten, Zweifler und Wütende pauschal zu verurteilen

chen einen geheimen Verursacher der Corona-Krise dingfest und setzen auf das simple Prinzip „den Schuldigen erkannt, Gefahr gebannt“.

Die Mehrheitsgesellschaft sollte sich jedoch hüten, die Zweifler und die Wütenden pauschal zu verurteilen. Das würde die alten Spaltungsprobleme und wechselseitigen Wertschätzungsdefizite zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nur verstärken. Jeder kennt doch auch die eigenen Zweifel und Ambivalenzen im Hinblick auf eine angemessene Bewältigung der Krise.

Zweifel, Enttäuschung und Wut können sich verhärten und uns lähmen. Sie können aber auch ein erster Schritt zu einer Trauerarbeit sein, die es ermöglicht, das seltsame Schicksal namens Corona anzunehmen und sich auf eine neue Zukunft auszurichten.

KOMMENTAR

Fatale Gleichgültigkeit

Systemversagen begünstigte Mord an Greta in Viersen

GERHARD VOOGT

Die Aufklärung des Mordes an der dreijährigen Greta in einer Kita in Viersen hat gerade erst begonnen. Doch schon jetzt wird klar, dass die schreckliche Tat durch ein Systemversagen begünstigt wurde. Wie im Missbrauchsskandal von Lügde fehlte es Beteiligten an der Sensibilität, mögliche Gefahren für das Kindeswohl zu erkennen und offensichtliche Hinweise ernst zu nehmen.

Sandra M. hätte nie Erzieherin werden dürfen. Schon während ihres Anerkennungsjahrs stellte das Jugendamt Krefeld fest, dass sie „nicht alleine mit Kindern sein könne“. Dennoch ließ sie das Berufskolleg zur Prüfung zu. Eine fatale Gleichgültigkeit.

Das kurze Berufsleben von Sandra M. ist geprägt durch häufige Jobwechsel. Bei der Einstellung wurde die Eignung von den Kitas aber offenbar nicht hinterfragt. Die Häufung von angeblich krankheitsbedingten Notfällen in der Schichtzeit der Erzieherin wurde vorschriftswidrig nicht weitergemeldet. Die Pflichtverletzung führte dazu, dass das Muster nicht rechtzeitig erkannt wurde. Selbst die Staatsanwaltschaft Kleve nahm es mit der Meldepflicht nicht so genau. Dort behielt man das Wissen über eine psychische Erkrankung von Sandra M. für sich.

Die allermeisten Erzieher erledigen ihre Aufgabe verantwortungsbewusst und mit Hingabe. Kitas sind Orte, an denen Kinder sicher sein müssen. Der Fall Greta zeigt, dass alle Beteiligten wachsamer werden müssen. Der Fachkräftemangel darf für die Träger kein Freibrief sein, über eine mangelnde Eignung hinwegzusehen und Warnsignale zu ignorieren.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Rudolf Kreitz (Bezirke).
General Manager Digital: Thomas Kemmerer.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Sarah Brasack (Premium).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Himmeler (Leitender Redakteur); **Landeskorrespondent:** Gerhard Voogt (Leitender Redakteur); **Newsteam:** Benjamin Quiring; **NRW-Story:** Detlef Schmalenberg; **Wirtschaft:** Thorsten Breikopf; **Sport:** Christian Loer; **Kultur:** Frank Olbert; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meyzner; **Reportage/Wochenende:** Claudia Lehnen; **Chefreporter:** Peter Berger, Karlheinz Wagner; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Klaus Schröder; **Regiodesk:** Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und woonhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Steven Geyer (stv. Ltg.) RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damiir Fräs; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

Nachrichtengenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@duMont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Carsten Groß, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).
Leiter Mediaverkauf und Marketing: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH; Matthias Litzenburger.
Leiterin Vertrieb: Birgit Rollesbroich.
Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2020 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unvollständiges Manuskript keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@duMont.de
Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen.koeln@duMont.de
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de